

DAS MAGAZIN DER KONSEQUENTEN INTERESSENVERTRETUNG
INNSBRUCK, JÄNNER 2016



WIE AUS GELD

KAPITAL WIRD

das neue Produkt herzustellen. Je länger diese Arbeitszeit ist – umso höher ist der neu geschaffene Wert.

Nun sind die ursprünglichen KäuferInnen von Rohstoffen, Arbeitsmitteln und Arbeitskraft (auch die Arbeitskraft ist nichts Anderes als Ware) auch BesitzerInnen dieser neuen – von den ArbeitnehmerInnen produzierten – Waren.

Das Geld, das durch den Verkauf der Waren erzielt wird, die nach getaner Arbeit mehr wert sind als zuvor, **kommt allein den EigentümerInnen der „Rohwaren“ zugute**. Die ursprünglichen GeldbesitzerInnen bezahlen den ArbeiterInnen nicht den Wert-zusatz (Mehrwert), den diese durch ihre Arbeit erzeugt haben. Es wird nur den Lohn bezahlt, der gerade so hoch ist, dass ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft erhalten können. Der neue Wert, den die ursprünglichen GeldbesitzerInnen durch den Verkauf ihrer Waren erhalten, ist höher als der Wert der Rohstoffe, Arbeitsmittel und Lohnkosten, die vor der Produktion gekauft wurden. So bleibt den BesitzerInnen nach der Produktion der Waren und deren Verkauf ein **PROFIT** und es werden aus simplen GeldbesitzerInnen **KAPITALISTINNEN**.

Natürlich möchten KapitalistInnen aus dem ursprünglich eingesetzten Geld möglichst viel herausholen – sie sind somit bestrebt, die Lohnkosten zu senken: einerseits durch simples Senken der Löhne oder (auch) durch Erhöhung der Arbeitszeit oder (auch) durch Steigerung der Arbeitsintensität.

Zusätzlich wird überlegt, ob Lohnkosten durch Einsatz von Maschinen – wenn dies billiger ist (also sich rentiert) – eingespart werden können. In so einem Fall **werden ArbeiterInnen natürlich entlassen**. Glücklicherweise (aus Sicht der ursprünglichen GeldbesitzerInnen) sind sie – jetzt KapitalistInnen – diesen gegenüber zu nichts verpflichtet.

Weiters kommt es oft zur **Verlegung von Betrieben in Länder, wo die Arbeitskraft noch billiger ist**, um die Profitrate zu erhöhen. In diesem Fall werden die bisherigen ArbeiterInnen „freigesetzt“. ArbeitnehmerInnen sind nun gezwungen, andere KapitalistInnen zu finden, die bereit sind, deren Arbeitskraft zur eigenen Bereicherung zu kaufen.

Während immer mehr Menschen verarmen und sich parallel dazu die Anzahl der MillionärInnen erhöht (z.B. in Österreich), stellt sich die Frage, ob es hier einen Zusammenhang gibt und was es mit diesem auf sich hat.

DIE BESITZERINNEN VON GELD HABEN MEHRERE MÖGLICHKEITEN, MIT DIESEM UMZUGEHEN:

Eine davon ist, es einfach auszugeben – dies hat jedoch zur Folge, dass das Geld irgendwann zur Gänze aufgezehrt ist und die EigentümerInnen (oder deren Nachkommen) sich dann in jener Situation befinden, mit der die meisten Menschen leben müssen: Um Geld zu bekommen, bleibt – wenn man keines hat – nur die Möglichkeit, durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft an Geld heranzukommen.

EINE VIEL BESSERE MÖGLICHKEIT MIT GELD UMZUGEHEN, BESTEHT NATÜRLICH DARIN, ES ZU VERMEHREN:

In der Realwirtschaft überlegen die GeldbesitzerInnen, welche Waren bei den KäuferInnen gefragt sind, um mit diesen einen Gewinn zu machen. Sie kaufen Rohstoffe, Maschinen, Werkzeug und natürlich Arbeitskraft in Form von Lohn. Die ArbeiterInnen verkaufen freiwillig (?) ihre Arbeitskraft durch Abschluss eines Arbeitsvertrages. Die KäuferInnen dieser Arbeitskräfte verfügen während deren Arbeitszeit zur Gänze über sie und bestimmen, wie und in welcher Intensität gearbeitet werden muss (können hier ArbeiterInnen nicht mithalten, verlieren sie natürlich den Arbeitsplatz).

MIT HILFE DER ARBEITSKRAFT WIRD DER WERT DER ROHSTOFFE ERHÖHT.

Wie hoch dieser zusätzliche Wert ist, wird bestimmt durch die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit, die nötig ist, um

Fortsetzung auf Seite 2

Finden die ArbeitnehmerInnen keine KäuferInnen der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft, werden aus diesen ArbeiterInnen SozialhilfeempfängerInnen und mensch kann nun an der Höhe der Mindestsicherung erkennen, wie viel sein Leben jetzt wert ist.

Weiters sind die KapitalistInnen, um möglichst viel Geld gewinnen zu können, bestrebt, **die eigene Produktion auszuweiten**. Durch die Erweiterung des Betriebes wird versucht, möglichst viele Waren zu verkaufen. Leider kommen andere KapitalistInnen natürlich auch auf diese Idee, sodass es zur Überproduktion kommt. Waren können nicht mehr verkauft werden, Betriebe müssen schließen, ArbeiterInnen werden (wieder einmal) entlassen.

Natürlich gibt es die Möglichkeit, „das Geld arbeiten zu lassen“.
ABER ACHTUNG: DAS GELD SELBST ARBEITET NICHT!



Auch in der Finanzwirtschaft beruhen die Gewinne darauf, dass Menschen arbeiten, die weit weniger Lohn erhalten, als sie an (Mehr-)Wert für KapitalistInnen durch ihre Arbeit erschaffen. GeldbesitzerInnen können sich durch den Kauf z.B. von Aktien an zukünftigen Gewinnen eines Konzerns beteiligen. Da dieser zukünftige Gewinn aber eingeschätzt wird (Börse), ist die Aktie sogleich und mittlerweile in erster Linie Spekulationsmittel.

DIE ANHÄUFUNG VON GELD BASIERT NUR AUF EINEM PRINZIP

(abgesehen davon, dass KapitalistInnen beim An- und Verkauf vielleicht auch versuchen, sich gegenseitig über 's Ohr zu hauen):

auf dem Kauf der Arbeitskraft, die durch die konkrete Arbeit Werte schafft, die letztendlich und per Gesetz alleine den KapitalistInnen gehört – also AUF DER AUSBEUTUNG DER ARBEITERINNEN.

DIE KIVUG BEIM BUNDESKONGRESS DER GdG-KMSfB,

SPÄTER:

yunion
Die Daseinsgewerkschaft

Unsere unabhängige Gewerkschaftsfraktion nahm vom 17. Bis 20. 11. 2015 am zweiten Bundeskongress der Gewerkschaft GdG-KMSfB (später: younion) teil. Ziel dieses Kongresses war, der Gewerkschaft ein neues Arbeitsprogramm sowie einen neuen Namen zu geben. Dazu waren 670 Delegierte und Gastdelegierte im Austria Center Vienna eingeladen worden. Für uns von der KIV waren neben den VertreterInnen aus Wien auch alle Bundesländerfraktionen vertreten.

Der erste Tag, der 17.11., stand im Zeichen der Frauen, die an diesem Tag ihren **Bundesfrauenkongress** abhielten. Dabei wurden fünf Leiteträge einstimmig verabschiedet, die sich mit der Gleichstellung der Frauen in den Gemeinden beschäftigte. Vor allem die Anrechnung von Karenzzeiten, die gleiche Bezahlung und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten waren im Zentrum der Forderungen, die auch von der KIV mitgetragen wurden.

Der 18. 11. gehörte den **fraktionellen Konferenzen**. Unsere KIV-Menschen tauschten sich mittels Gastreden über die Probleme der Zukunft, in Referaten und Diskussionen aus, es wurden ebenso unsere 12 Einzelanträge behandelt. Als Gastredner waren Reinhart Sellner (U-GÖD) und Markus Koza, (UG-Vorsitzender) anwesend und berichteten ihre Sicht der Dinge bzw. den zu bearbeitende Zukunftsthemen. Auch die Minderheitenarbeit wurde rege diskutiert.

Am Abend fand die **offizielle Eröffnung** des Kongresses für alle teilnehmenden Fraktionen statt, der am 19.11. seine Fortsetzung fand. Der Beginn stand ganz im Zeichen der Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaft, sowohl im nationalen als auch internationalen Kontext, wozu einige Gastredner anderer Gewerkschaftsbewegungen ihren Input in soge-

nannten „Panels“ lieferten. Außerdem bekam ÖGB-Präsident Foglar angemessene Redezeit.

Der letzte Tag stand erstens im Zeichen der **Antragsabstimmung** (die schon im Vorhinein feststand) und zweitens in der Abstimmung über die neue Geschäftsordnung im Zusammenhang mit dem **neuen Namen**, der demokratisch von den Vertretern der Bundesländer gefunden wurde. Eine Urabstimmung über diese Titulierung durch die Mitglieder fand nicht statt.

Weiters wurden die **Gremien gewählt**, die Wahl war wie zu erwarten ausgefallen, alle KandidatInnen bekamen eine klare Mehrheit. Den Abschluss bildete die Feier des neuen Namens younion – die Daseinsgewerkschaft, die mit viel Pomp profimäßig durchgeführt wurde.

Alles in Allem war es die zu erwartende Veranstaltung, die im Vorfeld bereits perfekt besprochen und abgestimmt wurde. Ein Gutes hat so ein Bundeskongress allerdings: Menschen können einander kennenlernen und vernetzen, es kann das Eine oder Andere im kurzen Wege besprochen werden.

Echte Demokratie findet man auf so einem Event jedoch solange nicht, solange die WählerInnen ihr Kreuzerl stets an derselben Stelle macht.

VERÄNDERUNG MUSS GEWOLLT (GEWÄHLT) WERDEN.

Alle KIV-Anträge zum Nachlesen unter:
<http://www.kiv.at/interessenvertretung/antraege/gewerkschaftstag-2015>



ZUR SITUATION IM AMT FÜR SOZIALES

Da die PV-Gruppe der KIV zum Teil aus dem Amt für Soziales entstanden ist, war es nur natürlich, dass wir PV-lerInnen der KIV die Gegebenheiten im Amt für Soziales beobachtet haben und – wo es auch ging – versuchten, die Situation zu verbessern:

Unter anderem haben wir die schlechte Situation im Amt für Soziales in unserer Aussendung KIV/UG im Herbst 2013 und in der Aussendung im Herbst 2014 thematisiert.

ZUR VERGANGENHEIT:

In der Vergangenheit war die **vermehrte Arbeitsbelastung im Amt für Soziales** – auch bedingt durch den Anstieg der Anträge auf Mindestsicherung – gegenüber den Vorgesetzten mehrmals thematisiert worden.

Die Steigerung der Arbeitsbelastung ergibt sich zum einen Teil durch die unablässig steigende Armut und zum anderen Teil, dass selbst anerkannte Asylsuchende zumeist keine andere Möglichkeit ihrer Existenz sehen, als einen Antrag auf Mindestsicherung zu stellen. Hinzu kommt die immer komplexer werdende Fallarbeit, die durch die Kooperation mit Systempartnern entsteht (Da zunehmend EmpfängerInnen der Mindestsicherung auch einen Unterstützungsbetrag von anderen Einrichtung erhalten, muss permanent darauf geachtet werden, dass der Rechtsanspruch der EmpfängerInnen der Mindestsicherung weder über- noch unterschritten wird. Außerdem müssen rechtzeitig Rückersätze an das Amt für Soziales – die eben aus anderen Einrichtungen erteilt wurden – ergehen).

Im Jahr 2013 war seitens der Vorgesetzten in Erwägung gezogen worden, bzgl. dieser Problematik eine **Evaluierung zur Arbeitssituation** in Auftrag zu geben – dazu kam es aber nie. Von dieser Evaluierung wurde (unter anderem?) von Frau Mag. Schnegg-Seeber wieder abgesehen.

DIE PROBLEMATIK IM AMT FÜR SOZIALES ÄNDERTE SICH NICHT:

Nach wie vor kam es zu vielen Krankenständen – auch zu Langzeitkrankenständen – und zu einem ständigen Wechsel

des Personals (da offensichtlich war, dass sich die Situation im Amt für Soziales nicht ändern würde, beantragten viele der älteren Kollegen eine Versetzung in eine andere Dienststelle).

Neu eintretende KollegInnen kamen sehr spät und mussten erst eingeschult werden. Die Thematik des Arbeitsbereiches Mindestsicherung ist hoch komplex, die **Einschulungszeit müsste deshalb entsprechend lange dauern** – dies war in der Praxis nicht der Fall. Bereits nach wenigen Wochen Einschulungszeit wurde den neuen KollegInnen ihr eigener Aufgabenbereich zugeteilt.



Seit 1.1.2015 sollten den MitarbeiterInnen des Amtes für Soziales – gemäß Dienstpostenplan 2015 – zwei neue MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellt werden sein. Allerdings ist aufgrund des ständigen Kommens und Gehens bzw. der häufigen Kranken- und Langzeitkrankenstände nicht ersichtlich (zumindest für das KIV-Team), wo sich diese zwei zusätzlichen Dienstposten befinden.

DAS TÄGLICHE ARBEITSPENSUM DER KOLLEGINNEN SIEHT SO AUS:

Jede/r einzelne Bedienstete verzeichnet pro Tag einen Eingang von etwa 20 neuen Anträgen per Dienstpost und ca. sieben Anträgen per E-Mail, dazu kommen zahlreiche telefonische Anfragen und ein reger Parteienverkehr. Und natürlich müssen die Mitarbeiterinnen – wie bereits erwähnt - ständig darauf achten, dass Rückersätze an das h. Amt ergehen.

Äußerst erschwerend kam in der Vergangenheit hinzu, dass laufend Vertretungen von fehlenden Mitarbeitern übernommen werden mussten, was natürlich einen zusätzlichen großen Arbeitsaufwand bedeutete. Aus der Sicht des KIV-Teams Innsbruck ist es keinesfalls möglich, all diese Aufgaben rechtzeitig und fehlerlos zu erledigen.

DEN VORGESETZTEN MUSS DIESER MISSTAND SEHR WOHL SEIT LANGEM BEKANNT SEIN.

Dennoch wurde die Arbeitssituation der MitarbeiterInnen des Amtes für Soziales nicht verbessert und die KollegInnen einfach dieser Situation überlassen – abgesehen von der erwähnten formalen Aufstockung von zwei MitarbeiterInnen im Jänner 2015, die aber aufgrund der insgesamt prekären Situation nur marginal zur Problemlösung beiträgt.

Der Wechsel in der Referatsleitung (zu der es wohl ohne Hilfe von Kollegin Troger von der FCG nicht gekommen wäre – an dieser Stelle: Hut ab!), wird sicher eine große Erleichterung für viele KollegInnen des Amtes für Soziales sein.

DIE WESENTLICHEN PROBLEME BLEIBEN UNGELÖST.

Auch eine weitere Aufstockung von einigen wenigen Personalstellen wird für die Lösung der beschriebenen Problematik allein nicht ausreichend sein, da ja die Anforderungen im Amt für Soziales ständig weiter wachsen.

Aus der Sicht des KIV-Teams wäre es erforderlich, eine neutrale Personalentwicklung von außerhalb zu Hilfe zu nehmen, um die Arbeitsaufgaben im Amt für Soziales so zu ordnen und aufzuteilen, dass sie ohne Gesundheitsgefährdung der KollegInnen sinnvoll bewältigbar sind.

ARBEITSÜBERBELASTUNGEN DER KOLLEGINNEN DÜRFEN KEINE ZUKUNFT MEHR HABEN!

LOHNSTEUER RUNTER

WIR HABEN ES GESCHAFFT.

HABEN WIR?

Die Steuerreform wird als großer Erfolg der Regierung verkauft, wie sollte es auch anders sein? Und wer könnte etwas dagegen haben, wenn mehr "im Börsel" bleibt?

NULLSUMMENSPIEL

Sieht sich mensch allerdings das Volumen an – das größte, beste – das für die Steuerreform bewegt wird (5,1 Milliarden Euro), darf mensch getrost misstrauisch sein:

- 1,9 Milliarden Euro sollen aus der Steuerbetrugsbekämpfung kommen, ein angenommener Wert, der sich erst noch beweisen muss. Mensch fragt sich auch warum, wenn es anscheinend so leicht ist, aus der Betrugsbekämpfung so viel Geld zu lukrieren, das bisher verabsäumt wurde?
- Weitere 1,1 Milliarden Euro sollen aus der Verwaltung und bei Förderungen zu holen sein. Das Wort "Verwaltungsreform" wird da seit Jahren überstrapaziert, ohne dass Fortschritte erzielt werden. Unter Verwaltungsreform versteht mensch gerne Personaleinsparungen. Wie hoch auf der anderen Seite der Schaden für die NormalverbraucherInnen sein wird, der sich durch Kürzungen von Förderungen ergibt, kann weder eingeschätzt noch beziffert werden.

Es bleibt auch abzuwarten, ob nicht zukünftige Teuerungen wieder nur zu Lasten der SteuerzahlerInnen gehen und die Reform auf ein Nullsummenspiel hinausläuft, wie es momentan stark den Anschein hat. Zusätzlich fällt die Ersparnis pro Jahr für Besserverdienende auch ungleich besser aus, das heißt die niedrigen Gehälter wurden wieder nicht ausreichend bedacht, die Kaufkraft nicht wirklich gestärkt.

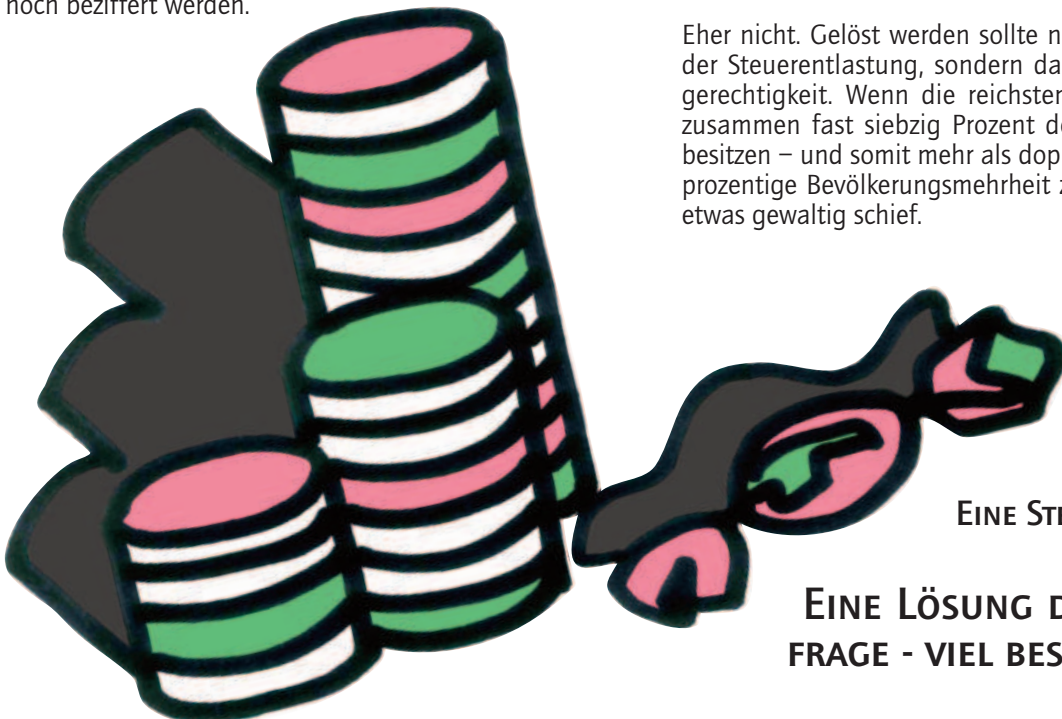
ARABELLAS ONLINERECHNER

Auf der ÖGB-Homepage wird damit geworben, dass sich "Arabella", fiktive Angestellte im Lebensmittelhandel, 1533 Euro netto im Jahr erspart. Sie erhält also plus 2,88 Prozent mehr Nettogehalt. Dieses Plus ist allerdings nur zu erreichen, wenn – laut Onlinerechner – Arabellas Gehalt 3800 Euro beträgt (ohne AlleinverdienerInnenabsetzbetrag, keine Kinder). Ob das wirklich ein realistisches Einkommen für Angestellte im Lebensmittelhandel darstellt? Wohl kaum.

Laut Kollektivvertrag dürfte Arabella als einfache Angestellte in den ersten Berufsjahren nämlich höchstens 1500 Euro brutto verdienen, im 18. Berufsjahr etwa 1900 Euro. Arabella bekommt laut Onlinerechner also etwa 485 Euro mehr im Jahr, das sind allerdings nur 2,3 Prozent.

HABEN WIR ES ALSO GESCHAFFT?

Eher nicht. Gelöst werden sollte nicht vorrangig das Problem der Steuerentlastung, sondern das Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Wenn die reichsten zehn Prozent Österreichs zusammen fast siebzig Prozent des Gesamtprivatvermögens besitzen – und somit mehr als doppelt so viel, als die neunzigprozentige Bevölkerungsmehrheit zusammen – dann läuft da etwas gewaltig schief.



EINE STEUERREFORM – GUT.

EINE LÖSUNG DER VERTEILUNGSFRAGE - VIEL BESSER.

KiVUG – WER WIR SIND

Die Konsequente Interessenvertretung (KIV) wurde 1978 als parteiunabhängige Namensliste in Wien gegründet. Am damaligen Motto: „NUR WER SICH SELBST HILFT, KANN AUCH ANDEREN HELFEN!“ hat sich bis heute nichts geändert.

Die KIV ist Teil der anerkannten Fraktion „Unabhängiger GewerkschafterInnen im ÖGB“ (KIV/UG).

Als unabhängige Gruppierung in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, der Personalvertretung und den Betriebsräten ist die KIV in ihrem Handeln parteipolitisch unabhängig und sucht die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlich orientierten Menschen im Sinne der Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativen in der Arbeitswelt.

Übrigens: Die KIV/UG ist nicht nur in Wien, sondern auch in einigen Bundesländern vertreten, so auch in Tirol.



Gerda Pastyrik

Diplomierte Sozialarbeiterin
Amt für Jugendwohlfahrt
Mandat in der Zentralpersonalvertretung
Innsbruck
(0512) 5360-9208
gerda.pastyrik@kiv.at

Heinrich Atzl

Sachbearbeiter
Archiv/Museum Goldenes Dachl
Ersatz in der Zentralpersonalvertretung
Sprecher für Tirol.
(0512) 5360-1432, 1441
heinrich.atzl@kiv.at



Claus Tuchscherer ist wieder da!

Wir (das KIV - Team) freuen uns!

Unser Kollege war wegen angeblichen Amtsmissbrauchs durch die Disziplinarkommission suspendiert worden. Allerdings wurde ein Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft erst gar nicht eröffnet. (An den Vorwürfen war nichts dran).

DIE SUSPENDIERUNG WURDE VOM VERFASSUNGSGERICHTSHOF ALS RECHTSWIDRIG AUFGEHOBEN.

Unverständlicherweise wurde Kollege Tuchscherer im Standesamt dienstzugeteilt...?

DIE 4 SÄULEN DER KIV

UNSERE GRUNDSÄTZE SIND DIE PFEILER UNSERER ARBEIT

Wir leben Basisorientierung

Wir vertreten ernsthaft und bereichsautonom die Bedürfnisse und Forderungen der ArbeitnehmerInnen, die Anliegen der KollegInnen gegenüber der Dienstgeberin, dem Staat und auch der Gesellschaft.

Wir leben Solidarität

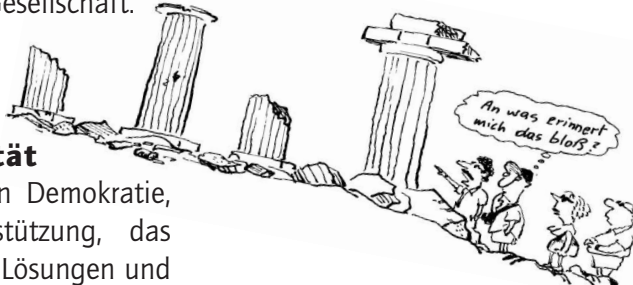
Unserer Arbeit liegen Demokratie, gegenseitige Unterstützung, das Finden menschlicher Lösungen und faire Sozialpartnerschaft zugrunde.

Wir leben Kompetenz

Fortbildung ist für uns selbstverständlich, um Sachkenntnisse in Fragen des Dienstrechtes, der Vertragsbedienstetenordnung, des Arbeitsrechtes, des ArbeitnehmerInnenschutzes, der Grundsätze der Gleichbehandlung, des Personalvertretungsgesetzes und bei sozialen Fragen zu erwerben.

Wir leben Transparenz

Es ist uns ein Anliegen, Zusammenhänge aufzuzeigen und umfassend zu informieren, weil es solidarische, ökologische und demokratische Alternativen in Wirtschaft und Gesellschaft jenseits der Ausbeutung von Mensch und Natur geben muss.



[www.facebook.com/
KIV.UG](http://www.facebook.com/KIV.UG)



twitter.com/KIV_UG



www.kiv.at



Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam erstellt.

Konsequente Interessenvertretung ÖGB – younion _ Die Daseinsgewerkschaft,
BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen.
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien,
Telefon (01) 4000 838 67,
Fax (01) 4000 838 77



innsbruck@kiv.at